Der schmale Weg in die Zukunft

Autor(en): **Carlsen, Peer**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **69 (1977)**

Heft 4

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-354852

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Der schmale Weg in die Zukunft

Peer Carlsen

Kongresse des Dänischen Gewerkschaftsbundes LO finden alle vier Jahre statt. Dem letzten Kongress im Mai 1975 lag ein *Sonderbericht* über die Fortschritte vor, welche die Lohnempfänger während der vergangenen 12 Jahre, das heisst von 1963 bis 1975, erzielt hatten. Sie konnten *bahnbrechende Erfolge* verzeichnen: Vollbeschäftigung verbunden mit einer gründlichen Umwandlung der dänischen Gesellschaft, Steigerungen der Produktivität, der Investitionen und des Konsums, Verringerung des Lohngefälles unter anderem durch gleiche Löhne für Männer und Frauen und Abbau der Lohnunterschiede zwischen den einzelnen geographischen Bereichen und Berufen, wesentliche Verkürzung der Arbeitszeit mit längerem Urlaub und eine Erhöhung der Reallöhne um mehr als 50 Prozent in diesen 12 Jahren sowie zahllose Verbesserungen der Gewerkschaftsvertretung in den Unternehmen, das heisst Mitbestimmung, und der Arbeitsbedingungen.

Viele andere positive Ergebnisse wurden durch eine enge Zusammenarbeit zwischen den Gewerkschaften und der grössten politischen Partei Dänemarks, den Sozialdemokraten, erreicht, vor allem im Felde der sozialen, kulturellen und gesundheitspolitischen Gesetzgebung.

Da Beschlüsse des Parlaments und der Regierung sich direkt auf das tägliche Leben des einzelnen und seine wirtschaftliche Situation auswirken, bemühen sich natürlich die Gewerkschaften und ihre Mitglieder, solche Beschlüsse zu beeinflussen. In Dänemark haben Gewerkschafter seinerzeit die sozialdemokratische Partei geschaffen; heute noch wählt eine klare Mehrheit von Gewerkschaftsmitgliedern diese Partei.

Der Bericht blickt auch in die Zukunft. Im Mai 1975 hatte die Wirtschaftskrise bereits im vollen Masse Dänemarks Volkswirtschaft getroffen: Es gab wieder *Arbeitslose,* und die reaktionären Kräfte sammelten sich, um die Rechte der Lohnempfänger einzuschränken. Infolgedessen wurden in dem Bericht auch die Ziele aufgestellt, auf die sich die LO in den kommenden Jahren konzentrieren sollte. Dies waren: Schaffung menschengerechter Arbeitsplätze, Sicherheit am Arbeitsplatz, noch bessere Verteilung von Wohlstand und Einkommen auf die einzelnen Volksgruppen, mehr Freizeitmöglichkeiten und bezahlter Bildungsurlaub.

Der Bericht kam jedoch zu dem Ergebnis, dass der Weg künftig sehr viel enger und infolgedessen auch schwieriger sein würde, denn es würde nun darum gehen, eine neue Wirtschaftsordnung national und international zu verwirklichen, und dies setze *mehr Gleichheit* auf nationaler und internationaler Ebene voraus.

Der *Kampf um eine gerechtere Verteilung des Wohlstandes,* der in den sechziger und frühen siebziger Jahren in Dänemark wie in den meisten anderen Ländern der industrialisierten Welt geführt wurde, war im Grunde leicht infolge des Wirtschaftswachstums: die Mehrheit der Bevölkerung konnte sich einen Anteil sichern, den sie bereit war, als annehmbar zu betrachten.
Heute ist es für viele Menschen schwierig zu verstehen, dass sie nun nach soviel Jahren nahezu stetigen Wachstums in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg Beschränkungen auf sich nehmen müssen. Dazu sind sie nur bereit, wenn es klar erwiesen ist, dass solche Beschränkungen alle Kreise treffen.
Im Sommer 1976 haben wir umfassende Streiks in Polen erlebt, weil die polnische Regierung plötzlich Erhöhungen der Lebensmittelpreise von 60 bis 100 Prozent mit sofortiger Wirkung verkündete. Das führte zu Massenentlassungen, zu Verhaftungen und zu Verurteilungen, die offensichtlich gegen die Menschenrechte verstossen. Solche Dinge geschehen, wenn Arbeiter nicht das Gefühl haben, sich Gehör verschaffen zu können.
Was *Dänemark* betrifft, so muss offen gesagt werden, dass die *Probleme der Arbeitslosen noch längst nicht gelöst* sind, obwohl die Unterstützungssätze recht hoch sind und diesen Menschen die Möglichkeit geben, einigermassen ohne zu viel Sorgen leben zu können. Geld heilt eben nicht alle Wunden, welche die Arbeitslosigkeit schlägt. Allzuviele haben das Gefühl, für die Gesellschaft nutzlos zu sein. Was empfindet der Mann oder die Frau, die das 50. Lebensjahr überschritten haben, aber noch im Vollbesitz ihrer Kräfte sind, wenn sie hören, dass sie nicht länger gebraucht werden? Und was sollen junge Menschen von einer Gesellschaft denken, die so schlecht organisiert ist, dass viele von ihnen vergebens nach Arbeit suchen? Offenbar werden die Menschen, die noch in Arbeit stehen, mit dazu beitragen müssen, dass auch andere Arbeit finden. Sie haben ganz einfach ihren Teil dazu zu tragen, dass die Probleme, denen ihre Gesellschaft gegenübersteht, gelöst werden. Ein wichtiger Weg besteht darin, zur Schaffung von Arbeitsplätzen für andere beizutragen, indem die Beschäftigten darauf achten, dass ihre eigenen Einkommen in Vergleich zu den Einkünften weniger privilegierter Gruppen nicht unverhältnismässig zunehmen. In einer Demokratie kann eine solche Lohnbeschränkung allerdings nur erreicht werden, wenn keine weitere Verzerrung in der Verteilung von Wohlstand und Einkommen erfolgt und mehr Gleichheit erzielt wird. Heute ist die Gefahr einer Entwicklung zu grösserer Ungerechtigkeit sehr ernst zu nehmen. In vielen Ländern, darunter Dänemark, wird ein Wirtschaftsklima geschaffen, das der Industrie und dem Handel Auftrieb geben soll. Das bedeutet, nüchtern gesagt, eine gewisse Erweiterung der Profitspannen der Unternehmen, um ihnen die Möglichkeit zur Expansion und damit zur Schaffung neuer Ar-

beitsplätze zu geben. Offensichtlich kann eine solche Politik leicht zu einer weiteren Ungleichheit führen und damit das bestehende Ungleichgewicht vermehren, das durch unsere fortwährende starke Inflation geschaffen wird. Diese Entwicklung hat gewissen Gruppen, insbesondere denen, die Grundstücke, Häuser und sonstiges Realkapital besitzen, erhebliche Gewinne gebracht, ohne dass sie dafür irgendwelche schöpferische Arbeit geleistet haben. Nach Auffassung der dänischen Gewerkschaftsbewegung rührt die Inflation grossenteils daher, dass viele grosse Unternehmen selbst die Preise ihrer Produkte festlegen und aus Zweifel an einer echten Belebung der Wirtschaft ihre Preise hochhalten und gleichzeitig die Produktion hemmen, statt sie zu vermehren.

Was sind nun die *Zukunftsaussichten* zu Anfang des Jahres 1977? In den Organisationen der UN, der OECD und der EG sind verschiedene Voraussagen gemacht worden. Solche Aussagen variieren, weil sie sich auf so viele zum Teil unbekannte Faktoren gründen und einfach deshalb, weil statistische Daten entweder ungenügend sind oder von Land zu Land unterschiedlich erarbeitet werden. Viel wird von der Politik der drei führenden Industrienationen USA, Japan und Bundesrepublik Deutschland abhängen. Von dem neuen amerikanischen Präsidenten Carter ist zu hoffen, dass die Regierungspolitik der USA endlich darauf ausgerichtet wird, das Problem der Beschäftigung anzupacken und so für die Interessen der Arbeitnehmer der Vereinigten Staaten zu kämpfen, die ihm zur Macht verholfen haben. Die neue japanische Regierung und die Ergebnisse der deutschen Wahlen, die zur Bildung der zweiten Regierung Schmidt geführt haben, geben diesen beiden Nationen ebenfalls Möglichkeiten neuer Initiativen, die auf weitere wirtschaftliche Fortschritte für ihr Volk und für die Menschen in anderen Ländern abzielen.

Wir sollten uns auch von der Politik, die Länder wie Österreich und Schweden verfolgen, inspirieren lassen. Dort war es trotz grösseren Schwierigkeiten möglich, einen hohen Beschäftigungsstand aufrechtzuerhalten. Diese Politik wurde – und das ist das Interessante daran – in enger Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Regierungen der Arbeiterpartei verwirklicht, die begriffen haben, dass der beste Weg zur Lösung solcher Probleme in der Arbeitsbeschaffung liegt, vor allem durch bessere Dienstleistungen im öffentlichen Sektor und wesentliche Investitionen und Verbesserungen in der Arbeitsumwelt.
Der Weg, um aus der gegenwärtigen Rezession herauszukommen, ist eine *engere internationale Zusammenarbeit* zwischen Regierungen. Sie darf aber nicht auf den traditionellen Methoden beruhen, die so offensichtlich in den letzten drei Jahren versagt haben. Die Regierungen müssen mit ihrer deflationistischen Politik Schluss

machen, die nur den gegenseitigen Export von Arbeitslosigkeit von einem Lande zum andern zur Folge hat.
Regierungen müssen *Lohnverbesserungen für die niedrigst bezahlten Gruppen* akzeptieren und gegenüber anderen Gruppen, einschliesslich der höher bezahlten, Beschränkung üben; gleichzeitig aber die sozialen, gesundheits- und bildungspolitischen Dienste besonders des öffentlichen Sektors beibehalten und weiterentwickeln, denn das ist eine Voraussetzung für eine weitere Expansion im privaten Sektor.
Gegenseitige wirtschaftliche Unterstützung muss gewährt werden, zur Stärkung der Zahlungsbilanz der wirtschaftlich schwachen Länder, und Massnahmen müssen getroffen werden zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik. Viel Energie ist aufzuwenden an eine *Ausweitung des Handels und der industriellen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern,* besonders den ärmsten unter ihnen, damit wir im beiderseitigen Interesse dazu beitragen, den Lebensstandard ihrer Bevölkerung auf ein angemessenes Mass anzuheben. Hier müssen Industrie- wie Ölerzeugerländer ihre Solidarität mit den armen Ländern beweisen, um national wie international eine neue Wirtschaftsordnung herbeizuführen.
Die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Arbeitgebern und Industriezweigen, insbesondere in Form *transnationaler Gesellschaften,* hat sich in der letzten Zeit in unerwarteter Weise entwickelt. Diese Entwicklung muss einer *Kontrolle* unterstellt werden, und die Gewerkschaften und Regierungen müssen bei der Erarbeitung bindender Verhaltensregeln zum Nutzen aller zusammenarbeiten.
Wir in der Gewerkschaftsbewegung haben in den letzten 20 Jahren unsere Energie hauptsächlich auf die Verbesserung der Lebensbedingungen in den einzelnen Ländern konzentriert. Wir müssen jetzt national diese Errungenschaften des «gemeinen Mannes» sichern und ausbauen, zugleich aber werden wir die *Zusammenarbeit in unseren demokratischen regionalen und internationalen Gewerkschaftsorganisationen* verstärken müssen. Durch den Ausbau der Arbeit dieser internationalen Gewerkschaftsbünde der Arbeiter und Angestellten werden wir unsere Regierungen überzeugen und zwingen müssen zu begreifen, dass sie nur durch gemeinsames Vorgehen uns aus der gegenwärtigen Wirtschaftsflaute herausführen können.
Dieser Weg ist eng und dornig, denn das bedeutet offensichtlich, dass wir gegen viele starke und verfilzte Interessen kämpfen müssen. Wir sind aber genötigt, in dieser Richtung fortzuschreiten, und das bedeutet zugleich einen Kampf um eine echte Mitbestimmung in den Unternehmen und eine Umverteilung des Kapitals in der Weise, dass es denjenigen zufliesst, die das Kapital schaffen – eben den Arbeitern. Darum setzt unsere künftige Arbeit die *Einführung der industriellen und wirtschaftlichen Demokratie im nationalen und internationalen Rahmen* voraus.